

Heft 4 | 2011

# **LIBERALE PERSPEKTIVEN**

**Wissen um Wirtschaft  
Nachlese**

# INHALTSVERZEICHNIS

Impressum.....	2
Aufschlag .....	3
Wissen um Wirtschaft – Vortragsrezensionen.....	4
Wissen um Wirtschaft – doch was wissen wir? .....	7
Der Journalist Peter Juling.....	8
Anknüpfen an Freiburg – (noch) eine Chance für die Liberalen 2011?.....	10

## IMPRESSUM

Die Liberalen Perspektiven werden herausgegeben vom

VLA – Verband Liberaler Akademiker e.V.

Ackerstraße 3 b  
D-10115 Berlin  
Tel. 030/2838 94 21

Der VLA ist ein als gemeinnützig anerkannter Verein und eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichtes Charlottenburg unter Nr. 20 VR 2896.

Bei Nachdruck wird ein Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion und Satz:

Wolf Dermann (V.i.S.d.P)

Heike Moser und Steffen Glöckler (Rundbrief)

Redaktionsadresse:

Wolf Dermann

Brunnenstr. 27

10119 Berlin

Telefon: 030 / 61 29 42 09

Druck:

Druckerei Herrmann

Großalbershof 85, 92237 Sulzbach-Rosenberg

mail@herrmann-offsetdruck.de

Bankverbindung des VLA:

Postbank Köln

BLZ 370 100 50

Kto. 2061 40-508

# AUFSCHLAG

Liebe Conseniorinnen und Consenioren,  
liebe Freunde des VLA!

Mit der vorliegenden Ausgabe der Liberalen Perspektiven erhalten Sie gleich drei Hefte in einem. Eingehftet wurden die Nachrichten des Bundesverbands der liberalen Hochschulgruppen (LHG) in einer speziell auf den VLA zugeschnittenen Fassung. Der Rundbrief (gelbes Heft) enthält die Mitteilungen für VLA Mitglieder und der allgemeine Teil (weißes Heft) befasst sich diesmal mit Nachlese und inhaltlicher Nacharbeit zum Pfingstseminar 2011 in Bad Zwischenahn zum Seminarthema „Wissen um Wirtschaft“. Von den Studierenden haben einige über ihre persönlichen Eindrücke zu einzelnen Seminarvorträgen berichtet. Außerdem ist diesmal auch ein zusammenfassender Bericht zum gesamten Seminar enthalten.

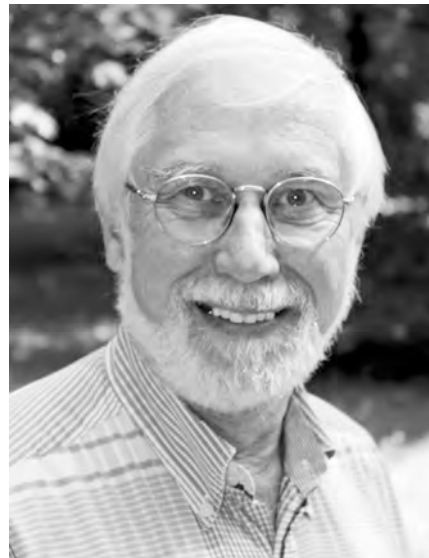
## Nachlese „Wissen um Wirtschaft“

Zu großem Dank sind wir dem Landesverband Baden-Württemberg der LHG verpflichtet. Der Vorsitzende Alexander Schopf hat aus Eigeninitiative drei Vorträge mit einer Videokamera aufgenommen und uns nach Bearbeitung in Abstimmung mit den Referenten im Internet zur Verfügung gestellt. Sie finden den Zugang über unsere Homepage [www.liberales-akademiker.de](http://www.liberales-akademiker.de) in einem neuen Feld rechts oben.

Ursprünglich wollte ich hier aktuelle Ereignisse kommentieren, wie etwa der Volksentscheid über das Projekt „Stuttgart 21“ oder die Mitgliederbefragung zur Richtung der Europapolitik der FDP oder die missglückte Kandidatur unseres Freundes Johannes Schmalzl zum Generalbundesanwalt. Angesichts der nie nach Plan verlaufenden Erscheinungsweise des Heftes ist es entweder zu früh oder schon nicht mehr von Interesse. Die Themen „Zukunft Europa“ und „erweiterte Mitbestimmung“ werden wir sicher in späteren Heften noch einmal aufgreifen.

## „Liberalismus contra Sozialismus“

Von meinen Besuchen bei liberalen Hochschulgruppen „vor Ort“ scheint mir aber die Diskussionsrunde zu „Liberalismus contra Sozialismus“ vom Oktober 2011 in Mannheim noch erwähnenswert. Ich muss gestehen, dass ich anfangs etwas skeptisch war, als ich hörte, dass dies ein gemeinsames Projekt der LHG Mannheim mit Studenten der Linken sei. Am ersten Abend trug LHG-Vertreter Lucas Schaal im vollbesetz-



ten Hörsaal der Uni die wichtigsten Thesen von Adam Smith vor, beim nächsten Abend waren die Linken mit Karl Marx dran. Es entspann sich jeweils ein lebhafter verbaler Wettstreit. Politische Grundlagendiskussion erwies sich aber als schwierig, da die Linken viel Kapitalismuskritik mitteilten, aber ihre Vorstellungen von „Sozialismus heute“ nicht erläutern wollten. Im Mannheimer Morgen erschien ein durchaus abgewogener Bericht, der zeigt, dass die Hochschulgruppen auch außerhalb des Universitätsbereichs einen Aufmerksamkeitserfolg hatten.

## Regionaltreffen in Hamburg und Bonn

Für den 14. Januar 2012 finden Sie Einladungen des LHG Bundesverbands zu zwei Regionalkonferenzen in Hamburg und Bonn im Heft. Für die „gemeinsame Abendgestaltung“ werden wir alle VLA Mitglieder und Interessenten in den betreffenden Regionen noch gesondert einladen.

Zum nächsten Pfingstseminar in Stuttgart-Hohenheim finden Sie im gelben Heft schon erste Hinweise über Tagungsstätte und Anresemöglichkeiten. Ich freue mich, viele von Ihnen bei unseren Veranstaltungen wieder zu sehen.

Ihnen Allen wünsche ich frohe Festtage und ein gutes Neues Jahr 2012, verbunden mit dem Dank für Ihre Mitarbeit und Unterstützung.

Mit herzlichem Gruß  
Ihr

*Michael Daemgen*

# WISSEN UM WIRTSCHAFT

Die Wirtschaftskrise 2009 hatte Deutschland stark getroffen, wovon sich das Land jedoch schnell erholen konnte. In anderen Ländern blieb diese Erholung teilweise aus und so schloss sich an die Wirtschaftskrise die Schuldenkrise an. Auch diese Krise droht wieder um sich zu greifen. Wirtschaftliche Vorgänge stehen so seit langer Zeit an der Spitze der öffentlichen Aufmerksamkeit. Auf dem Pflingstseminar das VLA 2011 in Bad Zwischenahn galt es daher, das „Wissen um Wirtschaft“ zu vertiefen. Studentische Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die Vorträge verfolgt und kommentiert. Die Rezensionen der Vorträge von Brigitte Bremer und Andreas Bergmann werden wir aus unterschiedlichen Gründen nur auf [www.liberales-akademiker.de](http://www.liberales-akademiker.de) nachreichen können.

## *Liberalismus und Kapitalismus*

*von Michael Ungerer*

In seinem Vortrag zu Liberalismus und Kapitalismus, wies Consenior Behrens darauf hin, dass man gemeinhin gerne den Fehler begeht, Liberalismus und Marktwirtschaft gleichzusetzen. In der Tat ist wirtschaftliche Freiheit ein Markenzeichen der Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Bereits Franz Böhm hat in den jungen Jahren der Bonner Republik darauf hingewiesen, dass mit dem Grundgesetz nur eine Marktwirtschaft, jedoch keine Zentralverwaltungs- oder Planwirtschaft vereinbar ist. Jedoch ist Liberalismus natürlich mehr als Marktwirtschaft. Liberalismus spiegelt sich in allen Facetten der Kultur eines Volkes oder Landes wider, beispielsweise in der Bildungspolitik.

In Consenior Behrens Vortrag wurde jedoch die marktwirtschaftliche Ordnung, geprägt durch den Liberalismus, herausgestellt. Die Freiburger Schule, federführend durch Walter Eucken, setzte früh die Prinzipien, auf der die Politik um Ludwig Erhard und Alfred Müller-Armack aufbaute. Hier wurde erstmals niedergeschrieben, dass der Markt nicht sich selbst überlassen werden sollte, sondern der Staat in Situationen geprägt durch Ungleichgewichte eingreifen können muss. Als wichtigstes Beispiel ist die Bekämpfung von Monopolen zu nennen. Eine Marktwirtschaft kann nur funktionieren, wenn auf beiden Seiten, also auf der Angebots- wie auch auf der Nachfrageseite des Marktes, sicher gestellt ist, dass es kein Monopol und auch kein Oligopol gibt. Die vollkommene Konkurrenz – also die Garantie an die einzelnen Wirtschaftssubjekte, dass ihr Einfluss auf den Markt verschwindend gering ist – ist anzustreben und garantiert Gerechtigkeit im Sinne eines fairen Tausches von Gütern und Dienstleistungen.

Doch nicht nur die Bekämpfung von Marktungleichgewichten ist ein Prinzip marktwirtschaftlicher Ordnung, das auf dem Liberalismus fußt. Auch die Durchbrechung der feudalen Strukturen, die sich im Besitz des Bodens über Jahrhunderte geäußert haben, war eine Leistung der modernen Wirtschaftswissenschaften, in liberaler Tradition begründet durch Adam Smith vor gut 250 Jahren.

Boden ist ein Vermögenswert, der Einkommen generiert, für das man nicht arbeiten muss. Boden ist wie kaum ein anderes Merkmal mit der feudalen Struktur verbunden, wenn man die ökonomische Dimension des Feudalismus betrachtet. Auch heute noch ist der Bodenmarkt laut Consenior Behrens kein freier Markt. Jedoch ist unbestreitbar, dass sich die Vermögensverhältnisse über die Jahrhunderte hinweg massiv verändert haben und Wohlstand bei weitem nicht mehr so asymmetrisch verteilt ist, wie noch vor 250 Jahren. Als Beispiel für die Rente des Bodens lässt sich der Vergleich zur DDR ziehen. In der DDR gehörte Boden niemandem. Als Ressource war er jedem zugänglich und damit kostenlos, allerdings als Vermögenswert somit auch ohne Rendite. In der BRD war das von Beginn an anders. Hier war „herrenloser Besitz“ automatisch Staatsbesitz und damit im Besitz der Allgemeinheit.

Und damit zeigt sich ein weiteres Merkmal einer Marktwirtschaft. Unsichere Vermögenswerte, wie sie in der DDR herrschten, sind nicht vereinbar mit einer Marktwirtschaft und damit letztlich auch nicht mit dem Liberalismus.

Eine andere Einkunftsart, die sich ohne Arbeit vermehrt, ist Kapital. Sieht man sich zum Beispiel den Zinseszins-Effekt an, so erkennt man, dass sich ein gewisses Vermögen immer weiter vermehrt. Legt man zum Beispiel Geld zu 2%

Zinsen an, ist dieses Geld nach 36 Jahren durch den Zinseszins-Effekt doppelt so viel wert.

Doch gilt das nur allgemein oder gibt es Unterschiede bei Vermögen? Laut Consenior Behrens hat sich beispielsweise auf dem Markt der Staatsanleihen einiges über die Jahre verändert. So kann man sehen, dass die durchschnittliche Rendite von 10-jährigen deutschen Staatsanleihen seit den 1980er Jahren drastisch zurück gegangen ist, von etwa 8% auf nur noch 2% zu Beginn des Jahrtausends.

Doch die Frage ist, kann sich Kapital endlos vermehren? Theoretisch ist dies möglich.

Die Konsequenz wäre, dass eine Staatsanleihe einen Zins von 0% abwirft. Gleichzeitig würde dies aber auch bedeuten, dass Grund und Boden die einzigen Faktoren auf der Welt wären, die noch eine Rendite abwerfen könnten. Somit würde Boden so unermesslich wertvoll, dass die-

ser nicht mehr verkauft würde, zumindest solange es keinen Zwang hierzu gäbe.

Dieses Phänomen ist schon heute zum Teil sichtbar, wo Investoren trotz horrender Einsätze oft nur an die zweite Wahl von Grundstücken herankommen.

Eine wichtige Anregung ist also für die Gesellschaft an sich, die in der Marktwirtschaft versuchen soll, Eigen- und Gesamtinteresse auf einen Nenner zu bringen, ob man nun die einzig noch verbliebene Rente wegsteuern sollte oder nicht.

Diese Frage, auch inwieweit die aus der Steuer erhaltenen Gewinne verwendet werden, blieb jedoch auch nach reger Diskussion offen. Die Zuhörer und Teilnehmer der Diskussion durften sich dessen ungeachtet ein Bild davon machen, wieso die Grundausrichtung der in Deutschland herrschenden Wirtschaftsordnung eine liberale ist.

## *Stete Neuausrichtung eines globalen Unternehmens - Erfahrungen mit dem Verändern*

*von Mihael Duran*

Bei einem Seminar zu „Wissen um Wirtschaft“ darf auch die Perspektive der Unternehmen nicht unberücksichtigt bleiben. Hierzu berichtete der Referent Prof. Jörg Menno Harms von seinen Erfahrungen mit der Hewlett Packard GmbH, für die er als Geschäftsführer tätig war und heute als Aufsichtsratsvorsitzender begleitet.

Der Referent berichtet zunächst von der Entwicklung der HP GmbH. HP war ursprünglich ein Unternehmen aus dem Bereich der Messtechnik, die Computersparte kam erst später hinzu. Das Unternehmen wurde 1959, wie auch andere große Unternehmen in der Computerbranche, in einer Garage gegründet. HP expandierte schnell. Harms selbst kam 1968 zu HP in Böblingen. Zur damaligen Zeit galt Deutschland als verlängerte Werkbank der USA, eine Entwicklung die heute Länder wie Polen oder Tschechien anstreben. Seit Gründung von HP sind Umsätze, Gewinn und Mitarbeiterzahl stetig gestiegen. Nur die Mitarbeiterzahl steigt weniger stark aufgrund von Effizienzgewinnen.

In den 1980ern begann in den USA ein Umdenken in den Unternehmen. Deutschland hatte diese Entwicklung, bis zum Lexus-Schock 1989,

verschlafen. Unternehmen in Fernost, allen voran in Japan, waren inzwischen viel effizienter als deutsche Unternehmen. Seit dem nimmt die Tendenz von Offshoring und Outsourcing auch in Deutschland zu. Auch HP durchlief einen Prozess der Konsolidierung und Globalisierung. In diesem Rahmen wurden die internen Dienstleistungen von HP für die Kunden, mit dem Ziel der Prozessoptimierung, kommerzialisiert. In diesem Geschäftsbereich erwirtschaftet HP inzwischen weltweit einen Umsatz von über 20 Milliarden US Dollar. Harms fasst das Problem einer mangelhaften Prozessoptimierung in der Gleichung „neue Technologie plus alte Organisation gleich kostenintensive alte Organisation“ zusammen. Im Rahmen dieser Entwicklung nimmt die Produktion am Standort Deutschland stetig ab und die verbleibende Industrie wird zunehmend ausgelagert.

Im Reifeprozess eines Unternehmens werden Strukturänderungen notwendig. Organisationen wechseln zwischen Phasen inkrementellen Wachstums und Revolution. Durch Technologieveränderungen können führende Unternehmen aus dem Markt gedrängt werden. HP spaltete sich selbst in 2 Unternehmen auf. Der klare Schwerpunkt von HP war nun das Computing Geschäft. Im Rahmen dieser Schwerpunktset-

zung kam 2002 die Fusion mit Compaq. Die CEO Fiorina setzte die Fusion gegen Widerstände, auch der Nachkommen der HP Gründer, durch. Strategie von HP war der führende IT Marktakteur zu werden.

Prof. Harm schließt seinen Vortrag mit einem kurzen Ausblick. Global ist der Wachstumsschwerpunkt überwiegend in den sogenannten BRIC-Staaten zu erwarten. Wachstumsbranchen sind in der Medizintechnik, E-Mobility oder in virtuellen Umgebungen zu erwarten. Die globalen Veränderungstreiber sind jedoch technologische Innovationen. Bereits heute sind die meisten Menschen online und haben ein Mo-

biltelefon. Es besteht eine Gefahr, dass künftig Arbeitnehmer die IT-Richtlinien von Unternehmen ignorieren werden. In der kommerziellen, wie auch der privaten, Nutzung werden Cloud-Anwendungen an Bedeutung gewinnen. Die unterschiedlichen Formen der Kommunikation werden zunehmend konvergieren. Wie immer werden neue Technologien aber auch neue Geschäftsmodelle ermöglichen. Für Deutschland hat Harms abschließend den folgenden Rat: „man soll das Dach richten, solange die Sonne scheint“.

## Wirtschafts- und Unternehmensethik

### Marktwirtschaft und Unternehmertum als gesellschaftliche Vermögenswerte

von Pascale Mannert

Nick Lin-Hi, Juniorprofessor für Corporate Social Responsibility (Mannheim), hielt seinen Vortrag über Wirtschafts- und Unternehmensethik. In der deutschen Bevölkerung falle, so Lin-Hi, die Akzeptanz des bestehenden Wirtschaftssystems stetig, während Umfrageteilnehmer auf die Frage, ob der Sozialismus als eine relevante Alternative erscheine, zunehmend zustimmend reagieren. Lin-Hi schließt daraus, dass auch die Bereitschaft, alternative Wirtschaftssysteme auszuprobieren, wächst. Einen maßgeblichen Einfluss auf das schlechte Bild der Marktwirtschaft allgemein sieht der Referent im vorherrschenden negativen Unternehmerrbild, das immer wieder durch Skandale wie z. B. die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko neue Nahrung erhält. Innerhalb der Gesellschaft würde ein Widerspruch zwischen Moral (Nachhaltigkeit, Verantwortung) und Eigeninteresse (Gewinn) gesehen, der aber gar nicht bestehen müsse.

In diesem Bereich setzt der Schwerpunkt von Lin-His Arbeit an: er sucht, wie er angab, Ursachen und anschließend Lösungswege aus dem bestehenden Dilemma. Das Verhalten der Unternehmen wird durch Regularien begrenzt. Da diese aber niemals alle Aspekte umfassen können, müssten die Unternehmen durch ein Verhalten, das als Corporate Social Responsibility (CSR) bezeichnet wird, von sich aus ergänzend eingreifen und, wie der Referent formulierte, gesellschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil suchen. Lin-Hi betonte, dass dies

nicht die Forderung umfasse, dass Unternehmen altruistisch handeln sollten. Gewinnerzielung sei vielmehr Teil der Unternehmensverantwortung und müsse es auch bleiben. Die Frage nach der Art und Weise der Gewinnerzielung stehe hingegen sehr wohl zur Disposition: Setzt ein Unternehmen auf Kundenzufriedenheit statt auf kurzfristige Gewinnsteigerung auch zu Lasten der Kunden, gewinnen am Ende beide Seiten mehr.

In der anschließenden Diskussion fanden sich auf viele Fragen keine Antworten. Wie durch die CSR erreicht werden kann, dass Arbeitgeber ihre Arbeitnehmer vor Burn-outs schützen, statt sie, wie häufig der Fall, durch entsprechende Personalpolitik herbeizuführen, blieb offen. Auch die Frage, wie durch Anwendung des marktwirtschaftlichen Systems die Arbeitsbedingungen für Arbeitskräfte in der so genannten Dritten Welt, die eben nicht als gleichberechtigte Handelspartner auftreten können, verbessert werden kann, blieb notgedrungen unpräzise. Hier bliebe nur, zum einen an das Kaufverhalten der Kunden zu appellieren und zum anderen den Unternehmen zu raten, dass sie in ihren Arbeitsbedingungen niemals schlechter als die Konkurrenz sein sollten, um auf diesem Wege eine langsame Aufwärtsspirale in Gang zu setzen. Marktwirtschaft sei nicht per se gut, sondern lediglich das System, das von allen bekannten die geringsten Schäden produziere.

# WISSEN UM WIRTSCHAFT – DOCH WAS WISSEN WIR?

Von Manuel Gaul.

*Der folgende Beitrag soll weniger als Zusammenfassung oder Schlussbeitrag zum Pfingstseminar, sondern vielmehr als Anfang zu offenem Diskurs verstanden werden. Sollten sich hierdurch mehr Fragen ergeben als Antworten gegeben werden, so kann dies durchaus beabsichtigt sein. Der Beitrag ist als Denkanstoß gedacht, die Themen der Pfingstseminare des VLA nicht nach dem Ende des letzten Vortrages bei Kaffee und Kuchen ausklingen zu lassen und zu vergessen, sondern daraus Gedanken und Ideen zu entwickeln, die vielleicht auch in die Tagespolitik einfließen können. Reaktionen hierauf sind ausdrücklich erwünscht.*

Die Vorträge des Pfingstseminars 2011 sind vorüber. Die Inhalte sind präsentiert. Wir haben gelernt, dass die Idee des Kapitalismus, Geld zu verdienen, sehr wohl gemeinnützig ist, dass verantwortungsvolle Unternehmensführung sich sowohl nach den Interessen des Marktes als auch denen der Angestellten richtet, dass der Euro als Währung tatsächlich gar nicht gefährdet war, dass ein Großteil der Krise auf politischen Fehlern und Einflussnahme in das Marktgeschehen beruht, und dass Wirtschafts- und Unternehmensethik im ureigensten Interesse eines langfristig denkenden und handelnden Unternehmers liegen.

Aber welche Schlussfolgerungen ziehen wir daraus? So war von vielen Conseniorinnen und Consenioren zu hören, dass echte Lösungen nur die soziale Marktwirtschaft bereit halte. Aber handelt es sich dabei noch um die soziale Marktwirtschaft Ludwigs Erhards aus den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts? Oder sind nicht vielmehr Anpassungen an eine geänderte Zeit notwendig? Gern wird in diesem Zusammenhang eine Neue Soziale Marktwirtschaft propagiert. Die heilige Kuh der sozialen Marktwirtschaft darf unter Liberalen eben nicht geopfert werden. Doch es bleiben alle Worthülsen, wenn sie nicht mit (konkreten) Inhalten gefüllt werden.

Ich habe aus den Vorträgen des Pfingstseminars das Folgende mitgenommen: die langfristigen Ziele unternehmerischen Erfolges stehen oft im Widerspruch zum kurzfristigen Erfolg. Gleichzeitig werden politische und wirtschaftliche Erfolge gegenwärtig allein an den kurzfristigen Ergebnissen gemessen. Daher besteht ein starker Anreiz dazu, den eigenen Erfolg allein an kurz-

fristigen Zielen auszurichten. Dies führt dazu, dass zu Gunsten kurzzeitig höherer Gewinne für Einzelne nicht bezifferbare und auch nicht wieder ungeschehen zu machende Schäden in Kauf genommen werden, deren Folgen die Allgemeinheit tragen muss. Der Golf von Mexiko ist und bleibt ölverseucht, ganz gleich in welcher Höhe BP hierfür Schadensersatz zahlt.

Gleichzeitig ist unternehmerischer Erfolg für die Gesellschaft von Vorteil. Denn wirtschaftlicher Erfolg garantiert Wohlstand und Fortschritt nicht nur für den einzelnen Unternehmer sondern für Viele. Verlässt ein großer Arbeitgeber die Region, sind davon nicht nur die entlassenen Arbeitnehmer betroffen. Die Bandbreite der dann offenen Problemstellungen ist regelmäßig im Falle von Standortschließungen den Tageszeitungen zu entnehmen: demografische Entwicklung, Finanzierung von Jugend-, Sport- und Kulturveranstaltungen, Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur seien als Stichworte genannt. Das langfristige Engagement eines ortsansässigen Unternehmens nützt also der Allgemeinheit. Dies spricht dafür Rahmenbedingungen möglichst wirtschaftsfreundlich zu setzen.

Aufgabe der Politik ist somit, langfristig erfolgreiches unternehmerisches Handeln zu ermöglichen. Gleichzeitig muss sie dafür Sorge tragen, dass ein Ausgleich zu gesamtgesellschaftlichen Interessen geschaffen wird. Zu einer wirtschaftsfreundlichen Politik gehört daher zwingend der Aspekt der Gesellschaftsfreundlichkeit. Da dieser Aspekt aber im Widerspruch zum individuellen Unternehmenserfolg stehen kann, gehen beide nicht unbedingt friedlich einher.

Im Bereich des Sports weiß man das schon längst. „Fußball ohne Schiedsrichter? Unmöglich“ lautet ein Slogan des DFB. Wer also einen funktionierenden Markt wünscht, muss dafür Sorge tragen, dass er dauerhaft funktionsfähig bleibt. Hält man also – aus überzeugenden Gründen – die Marktwirtschaft für das geeignetste Wirtschaftssystem, das dem Wohlstand aller dient, so muss man sich auf einen Schiedsrichter und das Regelwerk einigen, das alle akzeptieren.

Dies ist das Primat der Politik. Sie hat ein Rahmenkonzept vorzugeben, dass die verschiedenen Aspekte des Zusammentreffens von Markt und Gesellschaft reguliert. Gleichzeitig erfordern internationale Märkte auch internationale Spiel-

regeln. Derzeit wird der Wettbewerb zu oft zu Ungunsten der Allgemeinheit ausgehebelt, da einzelne Staaten ihre Partikularinteressen durchsetzen (bspw. Deutschland im Bereich der Automobilindustrie, Großbritannien beim Schutz der Finanzmärkte usw.). Oft wird beim Versuch, einen kurzfristigen Erfolg für die eigene Position herbeizuführen, eine Spirale in Gang gesetzt, die am Ende allen Beteiligten schadet. Wissen Sie, in welchem Land Nokia derzeit produziert? Ein Umdenken weg vom reinen industriepolitischen Interesse ist aus liberaler Sicht unumgänglich.

Welche Mittel sollte die Politik nutzen, wie erreicht man eine Neue Soziale Marktwirtschaft? Unverzichtbar ist das klassische Mittel der Marktsteuerung mit Hilfe des Kartellrechts zur staatlichen Monopol- und Wettbewerbskontrolle. Hier bedarf es des Schiedsrichters, der selbst nicht markteteiligt ist. Dies spricht für eine überstaatliche Lösung, die industriepolitische Partikularinteressen erschwert. Gleichzeitig müssen die richtigen Anreize im Steuer- und Abgabensystem bestehen. Gerade hierüber ist

eine Förderung langfristiger Unternehmensergebnisse möglich. Kurzfristig erzielte Gewinne könnten einer erhöhten Besteuerung unterliegen; leichter zu erzielende Kapitaleinkünften sollten in keinem Fall länger gegenüber Erwerbseinkünften steuerlich bevorteilt werden. Es darf nicht teurer sein, selbst zu arbeiten als sein Geld arbeiten zu lassen.

Nur wer dem Markt die Spielregeln gibt und sie auch durchsetzt, wird ermöglichen, dass dieser im Übrigen durch Selbstregulierung funktioniert. Daher meine Folgerung: Die Marktwirtschaft und deren Teilnehmer müssen frei handeln können, aber nicht selbst sozial sein. Vielmehr müssen sie sich an die Regeln halten. Diese Grenzen und Spielregeln des Marktes, deren Einhaltung der Staat bzw. die Staatengemeinschaft zu überwachen haben, sorgen dann für den sozialen Ausgleich. Eine marktwirtschaftliche Politik besteht daher nicht allein aus grenzenloser Deregulierung, sondern vielmehr aus dem Setzen und Durchsetzen der Spielregeln. Dann funktionieren Politik und Wirtschaft zum Wohle aller.

## DER JOURNALIST PETER JULING

*von Wolf Dermann*

Horst Köpke und Karl-Hermann Flach macht Peter Juling vor allem dafür verantwortlich, den Berufsweg des Journalisten eingeschlagen zu haben. Der spätere Feuilletonchef der Frankfurter Rundschau Köpke hat den Berliner Politikwissenschaftsstudenten mit der Arbeit an der Liberalen Studentenzeitung Blut lecken lassen, der spätere stellvertretende Chefredakteur derselben Zeitung, Flach, verhalf ihm zu seinem ersten Job bei der „Europäischen Pressekorrespondenz für Politik, Wirtschaft und Kultur“, kurz Europress.

Die Frankfurter Rundschau selbst wurde allerdings nie zu einer hauptamtlichen Station Julings. Nur zwischen 1964 und 1968 war Juling teil einer klassischen Nachrichtenredaktion. Die Braunschweiger Zeitung hatte ihn als Redakteur, politischen Kommentator und später Chef vom Dienst eingestellt. In der meinungsbetonten Stilform blühte Juling auf, denn klare Meinungen hatte Juling zum Zeitgeschehen stets parat. Er forderte von Adenauer eine Entschuldigung in der Spiegel-Affäre und wollte gleich das Strafgesetzbuch entsprechend geändert haben. Den Vietnamkrieg geißelte er als einen, der nur „Tod

und Zerstörung über die Menschen und das Land“ bringe und forderte dessen Ende. Dem heute idealisierten Bundeskanzler Erhard warf er damals vor, er habe während seiner Kanzlerschaft „nur verwaltet“ und seinem Nachfolger Kiesinger bescheinigt er nach neun Monaten glossierend die „internationale Karriere: Er kommt in das Londoner Wachsfigurenkabinett der Madame Tousseaud.“

Schon zuvor hatte sich Juling an Erhard und Adenauer abgearbeitet. Als Redakteur des DJD-Organ „Stimmen der jungen Generation“ und der FDP-Wochenzeitung „Das freie Wort“ konnte er das Ende einer publizistischeren Ära der Parteipolitik noch miterleben und -gestalten. Die Zeit in Braunschweig hatte Juling aber erstmal aus der parteinahen Arbeit entführt. Nach 1968 ließ sich Juling in eine andere Richtung entführen oder verführen. Beim Monatsblatt der Männerarbeit der Evangelischen Kirche des Bistums Braunschweig, „Kirche und Mann“ wurde er Chefredakteur. Das neue Medium hinderte Juling jedoch keineswegs daran, sich weiterhin mit Staat und Politik in seinen Artikeln zube beschäftigen. So erschien sein Artikel zum Regierungswechsel hin zur sozialliberalen Koalition



1969 nunmal in dem von ihm verantworteten Kirchenblatt. Immer wieder versucht er auch in seinen Texten für das Konstrukt der Demokratie zu werben, denn der von der Geschichtswissenschaft Begeisterte weiß, dass die evangelische Kirche zu den Institutionen gehörte, die noch lange dem Kaiserreich nachgetrauert hatten.

Hatte Karl-Hermann Flach Juling zum Journalismus gebracht, so war er es auch, der ihn erst einmal wieder aus ihm herausholte. Juling wechselte die Seiten und wurde vom politischen Redakteur zum stellvertretenden Pressesprecher, der den Journalisten das Handeln der FDP erklären sollte. Mit dem Tode Flachs im August 1973 blieb der „Flach-Mann“, so seine Eigenbezeichnung, zunächst unter Harald Hofmann und Martin Bangemann in der Bundesgeschäftsstelle und wechselte 1975 ins Öffentlichkeitsreferat des Innenministeriums. Im Bundestagswahlkampf 1976 erlebte er noch einen Wahlkampf an der Seite des Ministers. Länger durfte seine Arbeit im Ministerium aufgrund eines Personalratsbeschlusses nicht gehen. Er ging auch nicht mit einem traurigen Auge, denn die Reden, die Juling Maihofer schrieb blieben zumeist ungehalten. Der Minister hielt lieber seine eigenen Reden und stand lieber früh auf, um seinen eigenen Text – anstelle von Julings Manuskript – selbst zu einem so profanen Anlass wie der Einweihung eines Rettungshubschraubers zu formulieren.

Gerhart Baum und Horst Dahlhaus waren es diesmal, die Juling zurück in den Journalismus holten. Die Stelle als einer von drei leitenden Redakteuren der Wochenzeitung „Das Parlament“ sollte seine längste Station werden, die er bis zu seiner Pensionierung 1991 behalten sollte. Die Zeit seiner pointierten Meinungsartikel war nun allerdings vorbei. Damals berichtete „Das Parlament“ recht eintönig von den Parlamentsdebatten und zwei weitere leitende Redakteure, Ernst Goyke und Egon Ludwig von SPD und CDU wachten genau darüber, dass keiner von den Dreien die Artikel im „Parlament“ zugunsten seiner Partei färben würde. Zusammengerauft, wie Juling es ausdrückt, haben sich die drei und kleine Schlupflöcher sich auszuleben fand Juling dann auch. So bot sich etwa die Möglichkeit christliche Themen im „Parlament“ durch einen Bericht über einen Stand von Hamm-Brüchers „Christen im Parlament“ unterzubringen, oder aber auch Grundsätzliches durch historische Artikel hineinzuschmuggeln, wodurch Juling seine alte Liebe zur Geschichte wiederbeleben konnte.

Eine andere Liebe des im Ost-Berliner Stadtteil Pankow geborenen und in West-Berlin studierten Journalisten konnte auch wiederbelebt wer-

den. Viele Reisen führten Juling zurück an die Spree. So auch am 9. November 1989, an dem er die Öffnung der Mauer allerdings während einer Theatervorführung verpasste und erst im Hotelzimmer spätabends über das schon geschehene historische Ereignis unterrichtet wurde. Im selben Jahr konnte Juling den Bundespräsidenten auf einer Reise nach Warschau und Danzig begleiten, wo sie auf Jaruselski unter dem Eindruck der Wendezeit trafen, was nur ein beeindruckendes Reiseerlebnis ist, von dem Juling erzählt. Schon zu seiner Zeit als Chefredakteur von „Kirche und Mann“ ergaben sich für Juling Reisen hinter den eisernen Vorhang, nach Moskau und St. Petersburg. In die andere Richtung ging es für ihn als Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, wo er bei einem internationalen Kongress in Kanada auf die Koryphäen des internationalen Liberalismus der damaligen Zeit treffen durfte, die Eindruck bei ihm hinterließen. Auch eine Reise mit der deutschen Gruppe der liberalen Weltunion nach Brüssel zu EG-Kommissar Dahrendorf bleibt ihm unvergessen. Juling liebte es die Welt von oben zu sehen, aus dem Flugzeug oder aus dem Hubschrauber in dem er Politiker öfters begleiten durfte.

Der Ruhestand blieb für den Journalisten zunächst noch ein Unruhestand, denn das Beschäftigungsfeld des freien Journalisten stand Juling noch offen. In Nachrufen und Geburtstagsartikeln konnte er etwa seine Liebe zur Geschichte mit seinem journalistischen Repertoire kombinieren. In dieser Stilform mischte sich bei ihm auch die christliche Vergebung mit ein, wenn es etwa um Nachrufe für zuvor kritisierte handelte. In seinem Nachruf auf Adenauer in der Braunschweiger Zeitung umschreibt er die Kritik an Adenauer, „Kanzler der Alliierten“ gewesen zu sein mit den Worten: „Erinnert sei hier an das gute Verhältnis Adenauers zum amerikanischen Präsidenten Eisenhower und dessen Außenminister Dulles, zum französischen Staatspräsidenten de Gaulle und vorher zum Außenminister Schuman“. Ein besonderer Nachruf gelang Juling in seiner frühen Zwischenstation in der Redaktion des „Deutschen Bundesbahnbeamten“: Er schrieb ihn auf den am 28. Mai 1961 eingestellten Orientexpress.

Für einen Nachruf auf Peter Juling ist es zum Glück wohl noch lange nicht an der Zeit. Dieser Artikel erscheint nachträglich zum 80. Geburtstag Julings am 1. Juli als Dank und Würdigung des liberalen Journalisten und Kämpfers für freiheitliche, christliche und demokratische Werte.

# ANKNÜPFEN AN FREIBURG – (NOCH) EINE CHANCE FÜR DIE LIBERALEN 2011?

Eine Partei bekennt sich in Deutschland zum Liberalismus und vertritt diesen seit Beginn der Bundesrepublik in Parlamenten. Seit Monaten steht die FDP jedoch mit Umfragewerten vom zumeist eher 3% statt 4% mit einem Bein in der außerparlamentarischen Opposition. Der Bonner Politologe *Frank Decker* hat sich mit dieser Krise in einem Vortrag zu 40 Jahren Freiburger Thesen beschäftigt und zeigt dabei auf, wie der Liberalismus in Deutschland wieder aufleben könnte.

*von Prof. Dr. Frank Decker*

Als die Organisatoren diese Tagung vor einigen Monaten zusammenstellten und der Referent sich überreden ließ, einen Vortrag zur Zukunft der FDP zu übernehmen, konnten beide Seiten nicht ahnen, dass sich die damals schon schwere Krise die Freien Demokraten in der Zwischenzeit noch weiter verschärfen würde. Aus meiner Sicht ist es die schlimmste Krise der Liberalen seit der Neugründung der Partei im Jahre 1948 überhaupt. Sollte es die FDP nicht schaffen, in den nächsten Bundestag zurückzukehren, könnte sie existenzbedrohende Ausmaße annehmen und das Aus für die Liberalen als relevante politische Kraft bedeuten. Dies war in keiner der bisherigen Tiefphasen der FDP ernsthaft zu befürchten gewesen – weder 1961, als der FDP nach ihrem Wiedereintritt in die Regierung Adenauer das Etikett der „Umfallerpartei“ angeheftet wurde, noch nach den Koalitionswechseln von 1969 und 1982, die sie mit Verlusten von erheblichen Teilen ihrer vormaligen Mitglieder und Wähler bezahlte, und auch nicht in den neunziger Jahren, als die Liberalen die für ihren früheren Erfolg maßgebliche Funktion eines politischen Korrektivs scheinbar eingebüßt hatten.

Die politischen Beobachter streiten jetzt darüber, ob die in der Regierungsverantwortung arg gebeutelte Partei der Versuchung erliegen könnte, sich in Populismus zu üben, um aus ihrer elektoralen Misere herauszukommen. Die jüngsten Einlassungen des Vorsitzenden Rösler zur Euro-Krise und das von Kritikern der Parteiführung angestrebte Mitgliederbegehren gegen die geplante Zustimmung zum Euro-Rettungsschirm dienen ihnen dafür als Beleg. Sie seien – so heißt es – vom Bedürfnis diktiert, durch einen EU-skeptischen Kurs verloren gegangenen Kredit auf dem für die Liberalen identitätsstiftenden Gebiet der Wirtschaftspolitik zurückzugewinnen. Dass dies bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin scheinbar nach hinten losgegangen ist, dürfte nicht an der mangelnden Resonanz der Position in der Bevölkerung liegen. Die meisten Bürger lehnen den faktisch ja schon begonne-

nen Einstieg in eine Haftungsunion klar ab. Die Wähler haben aber zugleich ein Gespür dafür, ob ein Positionswechsel ernst gemeint ist und zu politischen Konsequenzen führt oder als bloßes Wahlkampfmanöver daherkommt. Ein tief greifender Vertrauensverlust lässt sich nicht durch kurzfristige Stimmungspolitik wettmachen. Von daher ist ein genauere Blick auf die Ursachen der FDP-Krise geboten. Diese reichen lange vor 2009 zurück und können keineswegs auf die „Lieferschwierigkeiten“ der Liberalen an der Regierung, mithin das Nichteinhalten ihrer zentralen Wahlversprechen, reduziert werden.

Denn in Wahrheit hat die Hinwendung der FDP zum Populismus schon in den neunziger Jahren begonnen. Sie war das eigentliche Signum der programmatischen und strategischen Neuausrichtung der Partei unter Guido Westerwelle. Der Generalsekretär und spätere Vorsitzende fragte sich zurecht, warum die deutsche FDP in der Wählergunst weit hinter den liberalen Schwesterparteien in den Niederlanden, Belgien und Dänemark zurückblieb, die Konservativen und Christdemokraten in ihren Ländern längst erfolgreich den Rang abgelaufen hatten. Die Antwort lag im verengten Wählerspektrum. Das Elektorat der FDP konzentrierte sich bis in die achtziger Jahre hinein auf das mittelständische Bürgertum, das ausgesprochen staatsreu war und die Liberalen deshalb vor allem als Regierungspartei schätzte. Folgt man dem Göttinger Parteienhistoriker Franz Walter, so haben die 68er Revolte, die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsreformen und der Postmaterialismus der Grünen diese Klientel seither in eine immer stärkere Distanz zum Staat gebracht. Dies sei die Einbruchsstelle für die neoliberale Wende gewesen. „Auch der Mittelbau der FDP war während der 1990er Jahre aus den staatlichen Repräsentanzstrukturen herausgefallen. In den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren entschieden auf FDP-Parteitag noch Stadtverordnete, Bürgermeister, Stadtdirektoren, Landräte, Landtagsabgeordnete und Länderminister über den Kurs der Partei. (...) Der neue Delegiertentyp war außerparlamentarisch, steckte in seiner politischen

Erfahrungswelt längst schon in der Opposition“ (Walter 2010: 42 f.).

Insofern war es ein Glücksfall für Westerwelle, dass die Partei nach 29 Jahren ununterbrochener Regierungsbeteiligung 1998 tatsächlich auf den Oppositionsbänken Platz nehmen musste. Dass die FDP die Reformmaßnahmen, die sie jetzt anmahnte, als Regierungspartei selber unterlassen hatte, schadete ihr in der öffentlichen Wahrnehmung kaum. Im Gegenteil: Beflügelt vom neoliberalen Zeitgeist, konnte sie die rot-grüne Regierung vor sich hertreiben, als diese 2003 ihre Agenda-Politik auf den Weg brachte, und nach der Bildung der Großen Koalition 2005 sogar ein Alleinstellungsmerkmal reklamieren, wenn es um die Forderung nach durchgreifenden marktwirtschaftlichen Reformen ging. Die populistisch aufgeladene Kritik an den vermeintlich überforderten Leistungsträgern, die zur Finanzierung eines ausufernden Sozialstaats erhalten müssten, resultierte in vollmundig vorgetragenen Steuersenkungsversprechen, von denen die FDP spätestens nach der 2008 ausgebrochenen Finanzkrise hätte wissen können, dass sie nicht einzuhalten sind.

Das Buhlen der Liberalen um die aufstrebenden Selbständigen der New Economy schlug sich unter Westerwelle zugleich in einer Popularisierung der Wähleransprache nieder, die mit der Behäbigkeit der alten Honoratiorenpartei brechen wollte und stattdessen auf Jugendlichkeit und mediale Selbstdarstellung setzte. Auch wenn das Konzept der Spaßpartei bei der Bundestagswahl 2002 einen herben Rückschlag erlitt, änderte das nichts an der populistischen Grundphilosophie. Die FDP verstand sich nun nicht mehr in erster Linie als elitärer Verein der Wohlhabenden und Gesetzten, als „Partei der Besserverdienenden“, wie es einem vom politischen Gegner gerne benutzen (und von der FDP selbst in die Welt gesetzten) Klischee entsprach. Sie artikulierte auch den Protest der „kleinen Leute“, die sich von Steuerbelastung, bürokratischen Vorschriften und politischen Korrektheitsgeboten gegängelt fühlten. Ein Blick auf die Sozialstruktur ihrer Wähler bei der Bundestagswahl 2009 zeigt, dass die Partei damit durchaus richtig lag.

Der Populismus der Oppositionspartei FDP blieb freilich ein ideologisch halbiertes, beschränkte sich ganz auf die ökonomische Sphäre. Der Versuchung, auch in kulturellen oder wertebezogenen Fragen nach rechts zu driften, erlagen die Liberalen nicht – im Unterschied zu manchen ihrer europäischen Schwesterparteien wie etwa der österreichischen FPÖ. Ob der verstorbene Parteivize Jürgen Möllemann eine solche

Kursänderung wirklich im Sinn hatte, als er Westerwelle auf das von ihm entworfene Projekt 18 verpflichtete, darf bezweifelt werden. Sollte es so gewesen sein, dann hätte Möllemann dafür kaum ein ungeeigneteres Thema finden können als seine von einem pro-arabischen Standpunkt aus formulierte Israel-Kritik, die er zu allem Überfluss noch mit antisemitisch klingenden Untertönen versetzte. Eine erfolgreiche rechtspopulistische Strategie hätte neben einer konsequenten Anti-Establishment-Orientierung vor allem die Thematisierung des Zuwanderungsproblems erfordert, das in anderen Ländern zum wichtigsten Mobilisierungsthema der Rechtsaußenparteien avanciert ist. Für eine restriktive Politik in Sachen Einwanderung und Multikulturalismus gab und gibt es aber innerhalb der FDP keine ideologische Basis mehr, nachdem die Partei ihre nationalen Traditionen, die in den fünfziger und sechziger Jahren noch eine wichtige Rolle gespielt hatten, weitgehend abgeschüttelt hat. Das ruhmlose Ende des Projekts 18 machte zudem deutlich, dass es in der einstigen Honoratiorenpartei nicht einmal möglich war, die Basis für eine gebremste populistische Strategie der Wähleransprache zu erwärmen. Insofern kam es der Parteiführung um Westerwelle sicher nicht ungelegen, dass sie die Schuld am schwachen Bundestagswahlergebnis 2002 ganz auf Möllemann abladen konnte (Decker 2004: 156 ff.).

Der kurze Rückblick macht es notwendig, die ideellen Wurzeln der Liberalen etwas genauer zu betrachten. Neben den überkonfessionell ausgerichteten Unionsparteien stellte die FDP die wichtigste Neuerung des bundesdeutschen Parteiensystems dar, der es erstmals gelang, die nationale und fortschrittliche Strömung des Liberalismus in einer gemeinsamen Partei zu vereinigen. Dass die nationalen Traditionen dabei zunächst deutlich stärker ausgeprägt waren und die Oberhand behielten, lag in der Kontinuität des Kaiserreiches und der Weimarer Republik. Die wichtigste Mission der Fortschrittlichen (oder Linksliberalen) war die Parlamentarisierung und Demokratisierung des politischen Systems gewesen. Nachdem sie 1918/19 erfüllt war, traten verstärkt sozialliberale Positionen an ihre Stelle. So verstand sich die Weimarer DDP gemäß ihrem Grundsatzprogramm von 1920 als „Partei der Arbeit“, die einen „Staat des sozialen Rechts“ schaffen und sogar „eine Demokratisierung der Wirtschaft“ herbeiführen wollte – bei prinzipieller Anerkennung der Privatwirtschaft (Hofmann 1993: 122).

Die Freiburger Thesen der FDP von 1971, die dem Sozialliberalismus ein programmatisches Fundament geben sollten, knüpften an diese For-

derungen an, auch wenn sie in der praktischen Regierungspolitik ebenso wenig Bedeutung erlangten wie jene. Als Mehrheitsströmung konnte sich der Sozialliberalismus in der FDP jedenfalls nicht durchsetzen. Seine wichtigste Funktion lag – rückblickend betrachtet – in der Überwindung des Nationalliberalismus, dessen Wurzeln nun gänzlich gekappt wurden. Weil die Exponenten des nationalen Flügels die FDP bis auf wenige Ausnahmen verließen, ließ sich an die alte Tradition später nicht mehr anknüpfen. Dies dürfte die Partei auch gegen eine Hinwendung zum „Euroskeptizismus“ immunisieren, die man ihr aktuell unterstellt. Gäbe es solche Bestrebungen in der Führung tatsächlich oder müsste sie sich in dieser Frage dem Druck der Basis beugen, würde das die FDP vermutlich zerreißen.

Weil der Nationalliberalismus Geschichte ist und der Sozialliberalismus in der FDP jenseits der Rhetorik nie eine nennenswerte Rolle gespielt hat, lässt sich das Gegenüber von rechten und linken Strömungen in der Partei darauf heute nicht mehr abbilden. Von entscheidender Bedeutung für den liberalen Markenkern ist stattdessen das Nebeneinander von Wirtschafts- und Bürgerrechtsliberalismus geworden. Gegensätze zwischen „rechten“ und „linken“ Positionen bestehen bei den Liberalen weniger innerhalb der beiden Strömungen als in der Frage, was Priorität haben soll. Für die Charakterisierung als rechts oder links ist hier das Gleichheitsverständnis maßgebend (Bobbio 1994). Die Wirtschaftsliberalen gelten als „rechts“, weil sie soziale Ungleichheiten für legitim oder sogar wünschenswert halten, die Bürgerrechtsliberalen als „links“, weil sie emanzipatorische Grundwerte vertreten und sich für gleiche Rechte einsetzen.

Während der Sozialliberalismus auf dem ökonomischen Feld den linken Gegenpol zum (reinen) Marktwirtschaftsliberalismus markiert, stellt er auf dem Feld der Bürgerrechtspolitik eine Voraussetzung dafür dar, dass formal gleiche Freiheiten sich auch materiell entfalten können. Dass dieser Zusammenhang von den linken Bürgerrechtsliberalen nie konsequent eingefordert worden ist, hat die Koexistenz der beiden Strömungen in der FDP gewiss erleichtert. Verschoben haben sich freilich die Gewichte. Bestand zu Zeiten der sozialliberalen Koalition zwischen Wirtschafts- und Bürgerrechtsliberalen ein annäherndes Patt, sahen sich die letzteren nach der Bonner Wende von 1982 zunehmend an den Rand gedrängt. Dies hatte für die FDP in doppelter Hinsicht ungute Folgen. Zum einen reduzierte es die Rolle der Liberalen in der Bürgerrechtspolitik auf die eines Korrektivs gegenüber den Unionsparteien. Die FDP geriet dadurch auch

bei einem Teil ihrer eigenen Anhänger immer mehr in den Geruch einer „Dagegen-Partei“, die vermeintlich notwendige Maßnahmen auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit blockierte oder verwässerte – ein Dilemma, das sich im Zuge der neuen terroristischen Bedrohungen nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 und den daraus erwachsenden Sicherheitsbedürfnissen weiter verschärft hat.

Auf der anderen Seite – und damit verbunden – büßte die nurmehr defensiv agierende Partei ihre ehemals gestalterische Funktion in der Rechtspolitik ein. Die FDP musste zuschauen, wie sich die in den achtziger Jahren aufstrebenden Grünen der Bürgerrechtsthemen bemächtigten und sie mit neuen Akzenten versahen.

Liberalisierungsmaßnahmen wie die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts oder die Besserstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften wurden von der Öko-Partei zusammen mit den Sozialdemokraten vorangetrieben und nicht mehr von der FDP, der hier im Verhältnis zur Union allenfalls eine nützliche Vermittlerrolle zukam. Die FDP verkannte auch, welche Chancen sich in dem Feld mit Blick auf die jüngeren Wählerkohorten auftun würden, die sie ja unter Westerwelle besonders umwarb. Obwohl sie die Bedeutung des Internets in der Wahlkampfkommunikation früher entdeckt hatte als die anderen Parteien (einschließlich der Grünen), beschäftigte sie sich mit dessen gesellschaftspolitischen Implikationen kaum, die ein Freiheitsthema ersten Ranges darstellten. Damit hat sie mit dazu beigetragen, die Nische für die neu entstandene Piratenpartei zu öffnen.

Eingeklemmt zwischen neuen Sicherheits- und anders gelagerten Freiheitsbedürfnissen, wirkt der Bürgerrechtsliberalismus der FDP heute noch antiquierter als in den achtziger Jahren. „Die freidemokratischen Linksliberalen tun immer noch so, als gälte es dem allgegenwärtigen Obrigkeitsstaat zu trotzen, das Individuum gegen den Zugriff der großen Institutionen, Apparate und kollektiven Regelwerke zu schützen. Aber die Individuen der postindustriellen Gesellschaft haben sich längst den Großorganisationen und reglementierenden Bindungen entzogen, durch Austritt, Abwahl, Auflösung, Scheidung, eben durch die Individualisierung. In der Single-Gesellschaft kommt die Bedrohung der Freiheit nicht mehr aus der gleichen Ecke wie im späten Kaiserreich“ – diagnostizierten Peter Lösche und Franz Walter (1996: 209) schon in den neunziger Jahren. Viel geändert hat sich seither nicht. Die Erwartung, die FDP könne ihrer derzeitigen Krise durch eine Revitalisierung des

Bürgerrechtsliberalismus begegnen, erscheint mir deshalb grundsätzlich verfehlt.

Die Krise kann nur dort überwunden werden, wo sie verursacht worden ist, nämlich auf dem Feld der Wirtschaftspolitik. Die FDP ist hier geradewegs in die Populismusfalle getappt. Statt mit einer breiten Reformagenda zu werben, die die komplexen Zusammenhänge von Fiskal-, Sozial- und internationaler Finanzpolitik reflektiert und in ein positives, auch gesellschaftspolitisch unterfüttertes Gerechtigkeitskonzept übersetzt, haben sich die Liberalen hier ganz auf die Popularität ihrer Steuersenkungsvorschläge verlassen, die dem Wählerpublikum ab 2005 gebetsmühlenhaft präsentiert wurden. Als die Partei ihr Versprechen nach der für sie nicht zu zuletzt deshalb so erfolgreich verlaufenen Bundestagswahl kleinlaut einkassieren musste, war der Absturz vorprogrammiert. Insofern ist die Unterscheidung zwischen dem angeblich guten Oppositionspolitiker Guido Westerwelle und dem schlechten Regierungspolitiker falsch. Auch wenn man der politikwissenschaftlichen Formel, wonach aus der Regierung abgewählte Parteien sich in der Opposition „regenerieren“, nicht zuviel Bedeutung beilegen sollte, muss von einer Oppositionspartei erwartet werden, dass sie versucht, sich für die angestrebte Regierungsverantwortung intellektuell und programmatisch zu rüsten. Dies hat die FDP vor der Bundestagswahl nicht einmal ansatzweise vermocht.

In der Zurückgewinnung der wirtschaftspolitischen Kompetenz liegt mithin der wichtigste Schlüssel, um aus der derzeitigen Misere herauszukommen. Voraussetzung dafür ist nicht nur, dass die Partei ihre Fixierung auf das Steuerthema aufgibt – wozu sie durch die Regierungsbeteiligung ohnehin gezwungen ist – und sich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik breiter aufstellt. Sie muss auch Antworten darauf finden, dass die internationale Finanzkrise das Produkt einer ökonomischen Denkrichtung darstellt, die sie als Vertreterin neoliberaler Deregulierungs- und Entstaatlichungskonzepte selbst lautstark propagiert hat. Ob die Ablehnung einer Finanztransaktionssteuer eine solche Antwort ist, scheint mir fraglich. Und ich vermag auch nicht zu erkennen, warum sich die Liberalen mit der Ablehnung eines gesetzlichen Mindestlohnes so schwer tun, wo doch gerade die Fixierung einer solchen Lohnuntergrenze Voraussetzung dafür ist oder sein könnte, dass eine größere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt einkehrt.

Natürlich könnte man dagegen einwenden, dass die Partei durch eine Abkehr von allzu marktliberalen Positionen ihre Alleinstellungsmerkmale

und damit ihre potenzielle Attraktivität für bestimmte Wählergruppen einbüßt. Auch Positionen, die man selbst nicht teilt, sollten im Parteiensystem repräsentiert werden. Der abwertend benutzte Begriff der Klientelpartei übersieht zudem, dass alle Parteien, auch die Volksparteien, stets die Interessen bestimmter Gruppen favorisieren, wären sie doch als Parteien ansonsten gar nicht mehr unterscheidbar. Probleme entstehen allerdings, wenn die Klientelgruppen immer kleiner werden und die Alleinstellungsmerkmale zum schieren Selbstzweck geraten. Die Zeichen der Zeit zu erkennen, heißt nicht, dem Zeitgeist hinterherzulaufen. Dass die Westerwelle-FDP an ihrem neoliberalen Mantra auch nach Ausbruch der globalen Finanzkrise unbeirrt festhielt, hat sie zweifellos ins Abseits gebracht. Aber ob sie umgekehrt gut beraten war, den nach der Fukushima-Katastrophe herbeigeführten raschen Atomausstieg mit demselben Eifer zu befördern wie die übrigen Parteien, darf man bezweifeln.

Der letzte Punkt führt mich unmittelbar zum Sozialliberalismus der Freiburger Thesen zurück. Dass die FDP ab 1969 den ersten Umweltminister in der Bundesrepublik gestellt hat – der Umweltschutz ressortierte damals in Genschers Innenministerium – ist weithin in Vergessenheit geraten. In den Freiburger Thesen zur Gesellschaftspolitik rangierte das Umweltthema gleichrangig neben den zu Beginn der siebziger Jahre stark diskutierten Fragen der Eigentumsordnung, Vermögensbildung und Mitbestimmung, die unter dem Oberbegriff „Demokratisierung der Gesellschaft“ zusammenzufassen waren. In diesen vier Bereichen sollten sich die praktischen Konsequenzen liberaler Gesellschaftspolitik vor allem bewähren. Wie wenig daraus geworden ist, lässt sich vielleicht am deutlichsten an der Umweltpolitik aufzeigen. Übernahmen die Freidemokraten hier mit den Freiburger Thesen auch programmatisch eine Vorreiterfunktion, so wurde ihnen die Umweltkompetenz später von den anderen Parteien, insbesondere den Grünen, nahezu vollständig entwunden. Nicht nur, dass das Thema auf der Agenda der FDP weit nach unten rutschte. Indem der Umweltschutz primär als wirtschaftlicher Hemmschuh und Wachstumshindernis betrachtet wurde, erweckten die Liberalen den Eindruck einer dezidiert anti-ökologischen Partei, den sie mitunter sogar lustvoll kultivierten. Symbolhaft markiert wurde dies beispielsweise durch die Rigorosität, mit der die FDP die von der rot-grünen Bundesregierung eingeführte Öko-Steuer ablehnte, obwohl diese ein durch und durch marktwirtschaftliches Instrument darstellte (dessen Rücknahme von der Partei denn auch später nie erwogen wurde).

Ähnlich schwer wiegen die Versäumnisse der FDP auf anderen Feldern der Sozial- und Gesellschaftspolitik. In einem Grundsatzbeitrag zur Programmdiskussion hat Generalsekretär Christian Lindner kürzlich noch einmal aufgeschrieben, was Liberale unter „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ verstehen sollten. Lindner (2009: 19 f.) betrachtet Freiheit im Anschluss an Ralf Dahrendorf als Summe von Lebenschancen. „Frei ist derjenige, der zwischen möglichst vielen, wertvollen und realisierbaren Optionen für den eigenen Lebensweg wählen kann. Diese Freiheit bedarf für jeden einzelnen einer materiellen Grundlage, aber genauso auch ideeller Voraussetzungen wie Toleranz, Bildung, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsgefühl für sich wie andere. Hingegen ist nicht frei, wer Angst vor Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Diskriminierung haben muss.“ Eine Gesellschaft ist laut Lindner gerecht, wenn sie über ihre Institutionen sicherstellt, dass jeder die Befähigungen erhalten kann, die notwendig sind, um Lebenschancen tatsächlich zu realisieren.

Das ist nichts anderes als ein Plädoyer für Startgerechtigkeit, für möglichst gleiche Chancen. Gerade weil Liberale den Leistungsgedanken betonen und deshalb nicht für Ergebnisgleichheit eintreten, müssen sie dafür Sorge tragen, dass alle vergleichbare Chancen haben, ihre Befähigungen auszubilden. Hier und nicht bei der nachträglichen Umverteilung liegt nach Lindner die Hauptfunktion des sozialen Ausgleichs. Dass der Staat dabei nicht die alleinige, aber doch eine wichtige Rolle spielt, wird in seinem Beitrag zwar angedeutet, aber nicht weiter ausgeführt. Das mag vielleicht damit zu tun haben, dass eine programmatische Konkretisierung in die Nähe sozialdemokratischer Überlegungen führen könnte, den bisher überwiegend nachsorgenden, fürsorglich alimentierenden Sozialstaat zu einem vorsorgenden, aktivierenden Sozialstaat umzubauen – immerhin wird der zuletzt genannte Begriff von Lindner ausdrücklich benutzt (Schroeder 2008). Wichtiger dürfte aber auch hier die praktische Folgenlosigkeit des von Lindner postulierten liberalen Gerechtigkeitsbegriffs sein. Symptomatisch dafür ist die sträfliche Vernachlässigung des Bildungsthemas durch die FDP, das der Generalsekretär wohl nicht zufällig

unter den „ideellen“ Voraussetzungen der Freiheit verortet. Dabei handelt es sich beim Aufbau und der Pflege der Bildungsinfrastruktur um eine klassische Staatsaufgabe, die heute zugleich als integraler Teil der Sozialpolitik verstanden werden muss.

So wie im Bereich des Umweltschutzes, galt die FDP auch in der Bildungspolitik einmal als Pionier. An ihr stolzes Erbe aus den sechziger Jahren vermochte sie aber danach nie wieder anzuknüpfen – auch nicht zu sozialliberalen Regierungszeiten. Heute muss sich die Bundesrepublik von internationalen Organisationen wie der OECD vorhalten lassen, dass in keinem entwickelten Industrieland der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg so groß ist wie hier. Bei den Leistungsvergleichen landen wir allenfalls im Mittelfeld. Hinzu kommt, dass die Bildungspolitik hierzulande lange Zeit ausschließlich als Schul- oder Hochschulpolitik verstanden wurde. Wenn Deutschland bei der vorschulischen Kinderbetreuung anderen Ländern immer noch weit hinterherhinkt, trifft die FDP daran genauso viel Schuld wie die Union. Denn in dieser Lebensphase werden die Weichen für den späteren Bildungserfolg bereits gestellt. Nicht von ungefähr weist die FDP gerade unter den weltoffenen und leistungsbereiten mittleren Jahrgängen in den urbanen Zentren eklatante Mobilisierungsdefizite auf, vor allem unter den gut ausgebildeten Frauen. Dass Philipp Rösler die neuen Bürgerlichen jetzt als Zielgruppe ausgemacht hat, ist richtig. Erfolg haben wird er damit aber nur, wenn das in der Politik der Liberalen Niederschlag findet: durch ein besseres, im Zweifel auch teureres Bildungssystem, durch bezahlbare Mieten in Innenstädten, durch flexiblere Lebensarbeitszeitmodelle und durch eine Betreuungsinfrastruktur, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Den Geist des Sozialliberalismus auf diesen Feldern neu zu beleben, scheint mir neben der Rückgewinnung der Wirtschaftskompetenz die zweite große Herausforderung zu sein, vor der die FDP heute steht. Wenn die Partei sie programmatisch annimmt und in der praktischen Politik nicht folgenlos bleiben lässt, dann hat sie alle Chancen, als eigenständige liberale Kraft im deutschen Parteiensystem zu überleben.

#### Literatur

- Bobbio, Norberto (1994), Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin.
- Decker, Frank (2004), Der neue Rechtspopulismus, 2. Aufl., Opladen.
- Hofmann, Robert (1993), Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München / Zürich.
- Lindner, Christian (2009), Freiheit und Fairness, in: Philipp Rösler / ders. (Hg.), Freiheit: gefühlt – gedacht – gelebt, Wiesbaden, S. 17-28.
- Lösche, Peter / Franz Walter (1996), Die FDP. Richtungstreit und Zukunftszweifel, Darmstadt.
- Schroeder, Wolfgang (2008), Mehr als eine Metapher, in: Berliner Republik H.2, S.
- Walter, Franz (2010), Gelb oder Grün? Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland, Bielefeld.